

Verlauf der GR-Sitzung vom 04. März 2009

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.30 Uhr

Zuhörer anwesend (Vorstände und Trainer des Sportvereins SW-Lieboch sowie Spieler und Eltern)

Entschuldigt: GR Mag. Monika Hirschmugl-Fuchs (Die Grünen Lieboch, kommt um 19.39 Uhr)

Bgm. Pignitter begrüßt die anwesenden Gemeinderäte sowie die anwesenden Zuhörer und die Bediensteten AL Mag. Marat und Protokollführer AL-Stv. Schreiner.

Er sei froh, dass so viele Zuhörer anwesend sind, da vielen gar nicht bewusst sei, was der Gemeinderat mache.

Der Bgm. bedankt sich bei den Zuhörern und beim neuen Obmann des Sportvereins, Herrn Peter Paulitsch, der einen neuen Weg in medialer Hinsicht und bei den Eltern beschritten habe, um den Anliegen des Sportvereins mehr Nachdruck zu verleihen, für deren Kommen.

Der Bgm. stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Im Anschluss leitet der Bgm. Pignitter die

Fragestunde nach § 54 Abs. 4 der Stmk. Gemeindeordnung ein (sämtliche Anfragen werden, falls nicht gesondert angeführt, an den Bgm. gerichtet).

Dazu erteilt der Bgm. auf Wunsch das Wort an den Obmann des Sportvereins SW Lieboch, Herrn Peter Paulitsch.

Dieser stellt sich beim Gemeinderat vor und informiert, seit 11.02.2009 die Obmannfunktion übernommen zu haben.

Der Sportverein habe die Bitte an den Gemeinderat, die Voraussetzungen für die 85 Jugendspieler, Jugendtrainer und Spieler der Kampfmannschaft zu schaffen, um einen Sportplatz zu haben, der eine Betriebsstättengenehmigung aufweist.

Sein Vorgänger, Herr Pucher, habe den Umstand, über keine aufrechte Betriebsstättengenehmigung zu verfügen, ignoriert und sich anzeigen lassen – das werde er nicht tun.

Er müsse mit allen Spielern daher die Meisterschaftsspiele auswärts spielen, das Training sei in Lieboch möglich.

Die Spieler hätten sich verdient, nicht immer auswärts fahren zu müssen, zumal auch einige Eltern schon gesagt haben, sie würden mit den Kindern nicht immer hin- und herfahren.

Er ersuche den Gemeinderat, sich zusammzusetzen und vielleicht eine Entscheidung zu Gunsten des Sportvereins zu treffen.

Die Bitte und zugleich der Vorschlag des Sportvereins wäre, dass sich in nächster Zukunft die GemeinderätInnen, Gewerbetreibende (die sich angeboten haben) und Privatpersonen gemeinsam an den Tisch setzen, um ein Konzept auszuarbeiten und dieses in einem normalen Gespräch zu erörtern.

Obmann Paulitsch bedankt sich fürs Zuhören und berichtet, dass auch die Auflösung der Kampfmannschaft im Raum stehe.

Dies habe aber nichts mit der Situation am Sportplatz, sondern mit der finanziellen Situation des Vereins zu tun.

Er habe jetzt bis kommenden Mittwoch Zeit, mitzuteilen, ob die Kampfmannschaft von der laufenden Meisterschaft aussteige oder nicht.

Obmann Paulitsch bedankt sich auch bei der Gemeinde, die in den letzten Jahren das Möglichste für den Sportverein gemacht habe, damit die Kampfmannschaft weiter existieren konnte.

Der Bgm. bedankt sich bei Herrn Obmann Paulitsch und führt im Anschluss über die rechtliche Problematik am Sportplatz, im Besonderen in Bezug auf das Erwirken einer Betriebsstättengenehmigung bzw. der beabsichtigten Errichtung einer neuen Lärmschutzwand, aus. Weiters spricht der Bgm. auch ein Gespräch mit einem Mitarbeiter des Büros LH Mag. Voves an.

Anm.: GR Mag. Hirschmugl-Fuchs kommt um 19.39 Uhr.

Herr Dr. Jan Hörmann meldet sich zu Wort und meint, nachdem überragend viele Leute heute anwesend seien, sei es den GemeinderätInnen als gewählte Mandatare natürlich klar, dass es hier ein ganz starkes Bedürfnis gebe, den Leuten eine Sicherheit bei der Ausübung von sportlichen Aktivitäten zu gewährleisten.

Was er bemängeln müsse oder was ihm nicht gefalle, sei, dass der Gemeinderat als gewählte Einheit in dieser Sache nicht klar und gemeinsam vorgehen könne – das stoße allen sehr auf.

Man sollte das Angebot nach einem anderen Lösungsszenario seiner Meinung nach unterstützen, sowohl mit Ablöseverhandlungen oder vorbereitenden Gesprächen, als auch mit einer anderen Gestaltung oder teilweisen anderen Nutzung der Räumlichkeiten und des Platzes.

Er habe in den letzten Wochen mit vielen Leuten geredet und es gebe so viele schöne Szenarien, wo man Gelder, die man jetzt quasi in Beton und in Stahl investiere, auch genauso gut für die Personen und auf die Ausübung von Sportaktivitäten einsetzen könnte und daraus könnten dann plötzlich neue Dinge wachsen.

Er würde davor warnen, dieses Thema zum Wahlkampfthema zu machen. Es sei viel schöner, diese Zeit gemeinsam planerisch zu verbringen und neue Aktivitäten und Aktionen zu setzen, die den Raum anders beleben könnten, ohne dass man dafür eine Mauer brauche.

Bevor die Anrainerfamilie nicht bereit sei, eine eidesstattliche Erklärung abzugeben, dass diese neue Mauer mit den vorgesehenen Daten so zufriedenstellend sei, dass dann gegen eine Betriebsstättengenehmigung kein Einwand mehr vorhanden sei, dürfe der Gemeinderat das nicht beschließen.

Der Bgm. sagt, er hätte jetzt auch gerne applaudiert, man befinde sich aber in einem Rechtsstaat, wo eine andere Situation gegeben sei. Man habe das Problem, dass man als Gemeinderat mit den vorgegebenen Gesetzen leben müsse, wo der Bürger Vieles nicht verstehe, weil er mit diesen Bereichen nichts zu tun habe. Wenn es so leicht wäre, hätte man es schon längst gemacht.

Dr. Hörmann meint u.a., auf den bestehenden Trainingsbetrieb könne man sehr viel aufbauen; man stehe zur Mitarbeit bereit, dies sollte der Gemeinderat nützen.

Das Bestehende habe man auch nur über Gutachten etc. erreicht. Das Problem sei der mit 30 dB sehr niedrige Grundgeräuschpegel, der festgestellt worden sei, so der Bgm.

Dies würde er sofort anfechten, so Dr. Hörmann. Ansonsten müsse jede Maschinenbauhalle, jeder Schlosserbetrieb, jede Spenglerei, jede KFZ-Werkstätte zusperrt werden, da dort Spitzenpegel von 70 bis 80 dB vorkommen. Auch wenn es sich hier um Freizeit und nicht um Arbeit handle, sei dies inakzeptabel und dürfe nicht der Grund dafür sein, dass man 2 Mauern bauen müsse.

Im weiteren Verlauf wird ausführlich über die Causa Sportplatz bzw. die Historie und gegenwärtige Situation diskutiert.

Nach abschließenden Worten der Fraktionsführer hält der Bgm. fest, dass die geplante Lärmschutzwand für ihn die Hoffnung sei, dass am Sportplatz weiter gespielt werden könne.

Wenn diese heute nicht beschlossen, sprich der Bescheid bekräftigt werde, wobei die Wand jederzeit woanders wieder verwendet werden könnte, werde er sicherlich den Antrag stellen, dass 2.Vzbgm. Lang zukünftig die Verhandlungen führe und er sich bei den Verhandlungen zurückziehen werde.

Es müssten diejenigen verhandeln, die sagen, sie hätten andere Möglichkeiten. Dann werde er heute darum bitten, dass die Verhandlungsgagenden des Bgm. abgehen zu Herrn 2.Vzbgm. Lang. Dies sage er vor allen Leuten; diesen Antrag werde er sicher stellen.

Kollege Lang müsse dann in Zukunft die Verhandlungen führen – vielleicht habe er mehr Erfolg, er wäre darüber froh.

Es sei nur die Frage, welche Summen man einsetze, er habe früher gesagt, welche Summe er sich vorstellen könne, aber auf „Teufel komm raus“ jede Summe zu zahlen und quasi kampflös aufzugeben, müsse man sich gut überlegen, da auch das Land noch ein Wort mitzureden habe.

Bgm. Pignitter bedankt sich am Ende der Diskussion bei den Vertretern des Sportvereins, Spielern und Eltern für deren Kommen.

Anm.: Es folgt eine Pause von 20.34 – 20.50 Uhr.

Im Anschluss ersucht der Bgm. die

Fragestunde nach § 54 Abs. 4 der Stmk. Gemeindeordnung fortzusetzen (sämtliche Anfragen werden, falls nicht gesondert angeführt, an den Bgm. gerichtet).

1. Frage – GR Paar erinnert an einen einstimmigen GR-Beschluss vom 05.07.2005, der einen Gehwegausbau (Lückenschluss) zwischen Volksschule und Gemeindeamt, vorsieht.

GR Paar fragt, wie es damit aussehe, da dahingehend zwischenzeitlich nichts geschehen sei.

- Der Bgm. antwortet, dass mit dem Land Steiermark und Arch. Nussmüller gesprochen wurde, da es sinnvoll wäre, dies gleich bei der geplanten Absenkung der LB 70 mitzumachen, da sonst aufgrund des schmalen Banketts eine Mauer errichtet werden und die ganzen Zäune zu den einzelnen Liegenschaften erhöht werden müssten. Seitens der Straßenverwaltung sei mitgeteilt worden, dass es derzeit nicht gescheit sei, dies jetzt durchzuführen, da die ganzen Einfahrten belassen werden müssen.

GR Paar meint, linksseitig der LB 70 sei der Gehweg gemacht worden; man hätte dies damals gleich mitmachen sollen und erkundigt sich, was weiter geplant sei, weil die Schulwegsicherung keineswegs gegeben sei.

Der Bgm. entgegnet, für das Projekt „Absenkung LB 70“ habe es damals kein Geld gegeben.

Man habe auf der anderen Seite durchwegs Schutzwege. Es sei versucht worden, den GR-Beschluss umzusetzen und die Absenkung in einem Teilbereich sei nach wie vor ein Thema und werde in nächster Zeit wieder eines werden, wenn der Kreisverkehr bei der Fa. Spar neu gebaut werde.

Der nächste Punkt sei, ob es in der wirtschaftlichen Situation sinnvoll sei bzw. ob man Förderungen für Maßnahmen in dieser Höhe bekomme.

Die wirtschaftliche Situation sei sicherlich nicht rosig, aber ein paar Vorhaben, die für die Sicherheit der Bevölkerung wichtig seien, müsse man forcieren, so GR Paar.

Bgm. Pignitter meint, man habe für die Sicherheit der Bevölkerung viel gemacht und sei der einzige Ort, der durchgehende Geh- und Radwege habe, teilweise sogar beidseitig. Ein derart ausgebautes Radwegenetz habe keine andere Gemeinde. Ein Problem gebe es bei der Schutzfunktion der Zebrastreifen, da die Autofahrer oftmals nicht stehenbleiben. Man werde aber nicht verhindern können, dass die Kinder einen Schutzweg queren müssen. Das nächste Problem seien die Aus- und Einfahrten, die auch Gefahrenpunkte darstellen – dies habe auch das Kuratorium für Verkehrssicherheit festgestellt, so der Bgm.

2. Frage – GR Paar urgiert die versprochene Aufstellung der Beschäftigten des Kindergartens/Kinderkrippe.

- Der Bgm. sagt, im Prüfungsausschuss sei bereits hingewiesen worden, dass im Anhang des Voranschlags die gesamte Aufstellung dabei sei.

Sie hätte noch gerne die Beschäftigungsausmaße gesehen, so GR Paar.
AL Mag. Marat sagt, die Liste sei für heute vorbereitet.

1. Frage – 2.Vzbgm. Lang bezieht sich auf die kürzlich stattgefundene Sitzung betr. „RegioNext“ und ersucht um nähere Auskünfte dazu.

- Bgm. Pignitter informiert, es werde in nächster Zeit eine Informationssitzung für alle Gemeinderäte der GEKO-Gemeinden geben. Die sechs Gemeinden der GEKO „Unteres Kainachtal“ werden zusammen einen Verband gründen. Wie weit dies in Hinblick auf nächstjährigen Wahlen sinnvoll sei, sei eine andere Frage. Was die Besetzung betrifft, werde bis auf die wiederkehrenden Tagungen bzw. dem Informationsaustausch nicht mehr viel passieren. Bei der Informationssitzung werde sich herausstellen, ob vor den Wahlen noch die Verbandsgründung stattfindet.

GR Paar meint, wenn dies so sei, existiere „RegioNext“ de facto nicht.

Der Bgm. erklärt, die Verbandsgründung beinhalte administrativ viel Arbeit; so wie die Bürgermeisterkollegen sich bis dato getroffen haben, habe man schon jetzt gegenseitig Erfahrungswerte ausgetauscht und Kooperationsgemeinschaft gemacht, wie etwa die neue Brücke nach Lannach oder gemeinsame Ausschreibung für Materialeinkäufe.

Bei der Verbandsgründung gehe es eigentlich nur darum, dass dies seitens des Gesetzgebers eine Voraussetzung für die Lukrierung von Fördermitteln für Großprojekte ist.

Die Verbandsgründung wäre auch eine Frage gewesen, ebenso, was in dieser Sitzung noch gesprochen wurde, so 2.Vzbgm Lang.

Der Bgm. sagt, man habe sich über verschiedene baurechtliche Probleme gegenseitig ausgetauscht.

2.Vzbgm. Lang meint, dann werde er eben seine Vertreter fragen, da die Informationen nicht so seien, wie er es sich erwarte oder wie es der Gemeinderat vielleicht erfahren sollte.

Seine Bürgermeisterkollegen würden nicht mehr berichten können. Wenn er die zwei Stunden interner Gespräche wiedergeben müsste, wo man über Baurechtsprobleme gesprochen habe...

Der Bgm. solle nicht polemisch werden, man brauche nicht mehr als eine kurze Zusammenfassung der einzelnen Punkte, so 2.Vzbgm. Lang.

Bgm. Pignitter sagt, wenn 2.Vzbgm. Lang darin eine Polemik sehe, tue es ihm leid. Es gebe 4 Fraktionskollegen der ÖVP, die 2.Vzbgm Lang gerne Auskunft erteilen werden, so der Bgm.

Der Bgm. sei einer derjenigen Vertreter, die dort sitzen und habe die Pflicht und Schuldigkeit, dem Gemeinderat darüber einen Bericht abzugeben. Es könne nicht sein, dass der Bgm. sage, das wolle er erzählen und das Andere nicht, so 2.Vzbgm. Lang.

Er werde seinen Bürgermeisterkollegen berichten, dass dies die Meinung von 2.Vzbgm. Lang sei und fragen, wie sie dazu stehen, weil sie auch nicht mehr berichten könnten. Er kenne mittlerweile das Misstrauen von 2.Vzbgm. Lang ihm gegenüber, aber das könne er ihm nicht nehmen.

Man habe eine Zeit lang Protokolle geführt und dann gesagt, man werde über interne Problematiken der Gemeinden kein Protokoll führen, da es sich um reinen Gedankenaustausch handle.

1. Frage – VM Wiesenhofer erwähnt die Preise, die beim Faschingsgshnas des Sportvereins vergeben worden sind. Ihm sei diese Preisliste zugegangen und er wolle fragen, wie er zu der Ehre komme, dass er auf dieser Liste als Sponsor eines Geschenkkorbs angeführt sei.

- Der Bgm. sagt, man sei an ihn herangetreten und habe gemeint, den gesamten Vorstand anzuführen, damit nicht nur Einzelne aufscheinen. Die angeführten Vorstände müssten die Preise nicht selbst bezahlen, da es über das Verfügungskonto des Bürgermeisters abgebucht werde.

VM Wiesenhofer meint, er wollte schon fragen, wo er einzahlen dürfe.

Der Bgm. sagt, man habe vereinbart bzw. einen Vorstandsbeschluss gefasst, dass man das so handhabe, wenn die Gemeindevorstände Beiträge leisten.

VM Wiesenhofer fragt, ob es eine Wertigkeit für die Aufstellung der Preise gebe, wer wie viel zahle oder sponsere.

Der Bgm. erklärt, er habe Sonja den Auftrag gegeben, sie solle die Liste in etwa zusammenstellen nach Rang und Namen, wobei es eher üblich sei, dass der Bgm. einen höheren Preis habe.

Er habe schon gesehen, das in Zukunft tunlichst zu unterlassen, weil schon wieder Kritik herrsche.

2.Vzbgm. Lang verliest im Anschluss die Preisliste (Bgm.: € 70,00; 1.Vzbgm. Grinschl: € 50,00; GK Blümel: € 30,00; 2.Vzbgm. Lang: € 30,00; GR Wiesenhofer: € 30,00) und merkt für seine Person an, dass die Rangordnung nicht passe, aber er sei nicht kleinlich und plädiere in Hinkunft dafür, wenn der Sportverein zum Bgm. komme, bekomme er einen Geschenkkorb, wobei er, 2.Vzbgm. Lang, selbst aussuche, was er gebe. Er werde nicht € 30,00, sondern eine entsprechend andere Wertigkeit zur Verfügung stellen.

VM Wiesenhofer fügt hinzu, er sei gerne bereit etwas zu sponsern, aber er sei wirklich verwundert gewesen, zumal er ja nicht gefragt worden sei. Die Frage, wo er jetzt einzahlen dürfe, habe der Bgm. ja schon beantwortet.

Der Bgm. bezieht sich auf die Aussage von 2.Vzbgm. Lang und meint, man merke, dass die Wahlen kommen. Man habe in der Vergangenheit jeden Pokal, jedes Geschenk oder jeden Einkauf selbst abgerechnet und jeder habe das selbst bezahlt.

Dann sei ein Antrag im Gemeindevorstand gestellt worden, wobei er keinen Namen nennen wolle, dass man diese ständigen hohen Ausgaben nicht abdecken könne.

Dazu sei im Gemeindevorstand ein entsprechender Beschluss gefasst worden, man könne diesen Beschluss aber mit sofortiger Wirkung beheben und jedes Gemeindevorstandsmitglied bezahle diese Kosten wieder selbst. Er bitte dann aber darum, nicht wieder Anträge auf Kostenübernahme im Gemeindevorstand zu stellen.

2.Vzbgm. Lang ist der Ansicht, die mindeste Pflicht und Schuldigkeit sei es, sich damit auseinanderzusetzen und dies zu sagen; er habe kein Problem damit.

Außerdem habe er das Glück gehabt, dass seine Frau den vom Bgm. zur Verfügung gestellten Geschenkkorb gewonnen habe. Das sei aber auch nicht ausgemacht gewesen, so 2.Vzbgm. Lang.

Grundsätzlich finde er es gut, wenn man die Vereine unterstütze, aber er werde es in Zukunft sicher tunlichst unterlassen, so der Bgm.

Die Willkürakte des Bgm., die er an den Tag lege, hätten mit den Vereinen nichts zu tun. Dass der Bgm. an der Spitze stehe, sei ja kein Thema, aber es gehe darum, wie man Werte und da müsse er sich etwas überlegen, so 2.Vzbgm. Lang.

Er habe gesagt, das in sein Verfügungskonto zu nehmen, für dessen Summen er selbst geradestehen müsse, so der Bgm.

Der Bgm. könne sehr wohl über dessen Konto, nicht aber über andere Namen verfügen. Wenn er vorher frage, sei das kein Problem und etwas Anderes, so VM Wiesenhofer.

Wenn VM Wiesenhofer das nicht gut gefunden habe, tue es ihm sehr leid, dass dessen Name durch seine Schuld genannt worden sei. Er werde sicher nicht fragen, wenn dann müssten die Vereine selbst nachfragen, wer etwas gebe, so der Bgm.

Die Vereine bekämen von der ÖVP genauso die Dinge, das habe damit gar nichts zu tun. Der Bgm. sollte sich da jetzt nicht „hinauswursteln“, so 2.Vzbgm. Lang.

Er habe Sonja den Auftrag zur Staffelung gegeben, wobei sie keine Schuld habe, sondern er, so der Bgm.

Der Bgm. solle nicht wieder jemanden hineinziehen, der damit nichts zu tun habe. Wer den Auftrag gebe, sei verantwortlich, so 2.Vzbgm. Lang.

Das habe er soeben gesagt und sich entschuldigt, so der Bgm.

1. Frage – GR Ing. Schelch erinnert an eine SPÖ-Aussendung von Ende des Vorjahres mit der Überschrift „Arbeitsverweigerung im Gemeinderat“; er empfinde das als absolute Frechheit.

Es sei so, dass manche Gemeinderäte einen Beruf haben, bei dem man auch im Ausland unterwegs sein müsse und das dann als Arbeitsverweigerung zu definieren, sei eine Frechheit.

Er wolle den Bgm. an den GR-Beschluss erinnern, wo gemeinsam beschlossen wurde, die Sitzungstermine langfristig bekanntzugeben.

Der Bgm. mache es aber bewusst so, dass die Termine absolut kurzfristig seien, damit die Berufstätigen möglichst nicht die Möglichkeit hätten, an den Sitzungen teilzunehmen.

- Der Bgm. sagt, er wisse nicht, ob GR Ing. Schelch zur Kenntnis bekommen habe, dass die Stmk. Gemeindeordnung etwas Anderes besage, vor allen Dingen auch, dass es sich um einen rechtswidrigen GR-Beschluss handelt. Das habe Herr Hofrat Dr. Paier klar festgestellt. Er könne die Sitzungen nicht langfristig planen, weil nicht einmal seine Fraktion, wenn er das jetzt politisch sagen dürfe, die Sitzungstermine vorher wisse. Wenn eine dringliche Sitzung anstehe, müsse er diese anberaumen und das sehe die Gemeindeordnung auch so vor.

Es gehe nicht darum, sondern um die grundsätzliche Einhaltung von Terminen, so GR Ing. Schelch.

Wenn sich die gesamte ÖVP-Fraktion und auch andere Fraktionen entschuldigen, dann müsse dies sehr wohl einen komischen Eindruck machen, denn dass alle zugleich nicht können, sei sehr interessant, weil der Gemeinderat sei auch noch mit 14 Gemeinderäten beschlussfähig.

2.Vzbgm. Lang erinnert daran, dass auch 2 SPÖ-Gemeinderäte laut Protokoll gefehlt hätten.

Der Bgm. und 1.Vzbgm. Grinschgl stellen fest, diese seien nur verspätet gekommen.

Das könne man leicht sagen, wenn die anderen Gemeinderäte nicht da sind, so 2.Vzbgm. Lang.

Politische Wehleidigkeiten sollte man nicht im Gemeinderat diskutieren; jeder habe in seinen Aussendungen schon einmal etwas dieser Art veröffentlicht. Er könnte auch beleidigt sein, wenn zu lesen sei, er trage die Schuld, dass im Industriegebiet nichts weiter gehe, weil nicht die Gemeinde, sondern die Bauern die Gründe verkaufen, so der Bgm.

Anm.: GR Horwath verlässt den Sitzungssaal.

Das als Arbeitsverweigerung zu titulieren, obwohl schriftliche Entschuldigungen vorliegen, sei die Meinung des Bgm.. Die ärztlichen Bereiche, die 1.Vzbgm. Grinschgl mit Gesunden und Nichtgesunden immer anschneide, seien auch sehr verwunderlich gewesen, so 2.Vzbgm. Lang.

Die Opposition habe schon mehrmals mit Auszügen aus dem Gemeinderat geglänzt, so der Bgm.

Ende der Fragestunde: 21.07 Uhr

- **Bericht des Bürgermeisters**

Bgm. Pignitter berichtet über folgende Angelegenheiten, die nicht der Vertraulichkeit unterliegen:

- Zur Anfrage von 2.Vzbgm. Lang, wieweit die Arbeiten betr. Lärmschutzmaßnahmen gediehen sind, verliest der Bgm. ein Schreiben vom beauftragten Lärmtechniker des Landes, Herrn DI Rakusch, in dem dieser mitteilt, dass die Vorarbeiten noch nicht fertig sind und er sich in zwei Wochen wieder melden werde.

Er frage sich, warum man Lärmschutzwände errichten soll, wenn diese angeblich nichts brächten, so der Bgm.

2.Vzbgm. Lang meint, die Frage sei, wer diese mache, ausführe und abnehme.

Bei Herrn Kollegen Lang solle man Lärmschutzwände bauen, wenn man schon polemisch sei, dann bleibe man dabei. Er selbst brauche keine Lärmschutzwand, so der Bgm.

Seine Frage in Hinblick auf die Lärmschutzmaßnahmen sei generell gewesen, so 2.Vzbgm. Lang.

Im Anschluss stellt der Bgm. den **Antrag**, die Tagesordnung unter „öffentlich“ wie folgt zu erweitern:

4. *Neubestellung eines Mitgliedes im Prüfungsausschuss*

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen** (ohne der nicht anwesenden GR Horwath).

GR Zarfl stellt den **Antrag**, den in der Einladung als TO-Punkt 10. (Sportverein SW-Lieboch; Vereinssubvention 2009 – Auszahlungsbetrag) unter „nicht öffentlich“ festgesetzten Punkt als TO-Punkt 3. unter „öffentlich“ vorzureihen.

Es gebe keinen Grund, über den Sportverein, den alle wollen, hinter verschlossenen Türen zu beschließen, so GR Zarfl.

Anm.: GR Horwath nimmt wieder an der Sitzung teil.

Da sehe er nicht so, weil man Subventionen immer unter „nicht öffentlich“ beschlossen habe, so der Bgm.

Für den Antrag von GR Zarfl stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, GR KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Ing. Schelch, GR Tengg, VM Wiesenhofer (ÖVP),
GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, GR Mag. Marx, MBA (Die Grünen Lieboch) und GR Zarfl (FPÖ).

Dagegen stimmen

Bgm. Pignitter, GK Blümel, 1.Vzbgm. Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz und GR Warzinger (SPÖ).

Der **Antrag** wird somit **abgelehnt** (10 Dafürstimmen : 11 Gegenstimmen).

Seitens der Fraktion „Die Grünen Lieboch“ sind vor Sitzungsbeginn folgende **Anträge**, die Tagesordnung zu erweitern, eingegangen und werden von GR Mag. Marx, MBA und GR Mag. Hirschmugl-Fuchs erläutert:

Badetaxi (Antrag Fraktion „Die Grünen Lieboch“)

In Anlehnung an das Liebocher Nachttaxi in den Sommerferien soll an bestimmten Tagen zu bestimmten Zeiten ein „Badetaxi“ eingerichtet werden. Dieses Vorhaben könnte noch in den laufenden Förderantrag hineingenommen werden.

Verkehrssicherheit (Antrag Fraktion „Die Grünen Lieboch“)

Die von den Eltern im Zuge der Aktion „Kindermeilen“ aufgezeigten Sicherheitsmängel auf Liebochs Straßen sollen so rasch wie möglich behoben werden (siehe Fragebogenauswertung, welche an die Fraktionsführer versandt wurden).

Sport; Ehrungen bzw. Förderungen (Antrag Fraktion „Die Grünen Lieboch“)

Die ausgezeichneten Sportler und SportlerInnen aus Lieboch – LandesmeisterInnen, österr. MeisterInnen, StaatsmeisterInnen und TeilnehmerInnen an Europa- und Weltmeisterschaften sollen erhoben (Zeitraum 3 Jahre) und in einem feierlichen Akt geehrt bzw. auch entsprechend ihrer Leistung (Titel) mit einer Förderung versehen werden.

Sport hat in Lieboch eine große Bedeutung und soll in allen Disziplinen und Sparten Wertschätzung erfahren.

Elektromotor-Fahrzeuge; Förderung (Antrag Fraktion „Die Grünen Lieboch“)

Für den Neukauf eines mit Elektro-Motor betriebenen ein- bzw. mehrspurigen Fahrzeuges soll eine Förderung von € 500,00 gewährt werden.

Voraussetzung für die Gewährung:

Hauptwohnsitz des Antragstellers in Lieboch, Vorlage der Originalrechnung und Vorlage des Zulassungsscheines.

Der Bgm. bedankt sich für die Erläuterung der einzelnen gewünschten Erweiterungspunkte und sagt, diese seien natürlich sehr kurzfristig eingelangt.

Er sei gerne bereit, diese zu behandeln, wolle die Punkte aber dem Gemeindevorstand zuweisen und erst in der nächsten GR-Sitzung behandeln, um eine entsprechende Vorlaufzeit zu haben.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs verweist auf die Dringlichkeit des „Badetaxis“, da sie eine eventuelle Förderung beim Förderantrag für das Nachttaxi bekanntgeben müsste.

Der Bgm. hält fest, dass der Voranschlag 2009 nur von der SPÖ beschlossen worden sei, wenn es aber um gewisse Forderungen gehe, sei man immer wieder großzügig. Das müsse er auch einmal aufs Tapet bringen. Er habe nichts dagegen, dass man hier Maßnahmen mache, aber man habe Dotierungen getroffen und wenn man dann außerhalb dieser etwas mache, bekomme er wieder die „Prügel“, dass das Konto überzogen worden sei, wie erst kürzlich im Prüfungsausschuss.

Er wolle den Antrag aber grundsätzlich nicht ablehnen, so der Bgm.

GR Zarfl erklärt, es habe mit „Prügel“ nichts zu tun, sondern sei nun einmal die Pflicht, dass gewisse Dinge budgetiert werden und im Rahmen des Budgets sei der Gemeindevorstand für den Vollzug zuständig. Wenn ein Budgetposten ausgereizt sei, sei er entweder höher zu dotieren. Das sei im Gemeinderat zu beschließen und es dürfe im Gemeindevorstand keine Ausgabe mehr getätigt werden. Genau diese Dinge müssen gerügt werden, weil es sich der Gemeindevorstand zur Gewohnheit gemacht habe, Dinge eigenmächtig zu beschließen, die entweder gar nicht im Budget enthalten seien und dieser eine Punkt der vom Bgm. angesprochen wurde, sei so einer.

Wenn der Bgm. den Bericht des Prüfungsausschusses gewissenhaft gelesen habe, werde er sehen, dass sehr wohl dieser eine GR-Beschluss angeführt sei, aber auch unter Berücksichtigung dieses Beschlusses, der die Erhöhung dieses Budgetpostens erklärt hätte, wurde eine erkleckliche Überziehung festgestellt und sei deswegen auch protokolliert worden, so GR Zarfl.

2.Vzbgm. Lang meint, es werde seine Ursachen haben, warum die SPÖ das Budget alleine beschlossen habe. Es werde ja nicht mutwillig das Budget nicht mitgetragen; wenn alles einsichtig sei, sei es kein Problem, das Budget auch mitzuschließen.

Er nehme das zur Kenntnis, aber dann könne nicht immer erwartet werden, Dinge zu beschließen, wofür kein Geld vorhanden sei. Er würde aber darum bitten, dass auch die anderen Fraktionen die Möglichkeit haben, darüber zu diskutieren, so der Bgm.

Der Bgm. ersucht über seinen **Antrag**, diese Punkte in den Gemeindevorstand zu delegieren und in die nächste GR-Sitzung aufzunehmen, abzustimmen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

GR Scherz stellt den **Antrag**, die Tagesordnung unter „öffentlich“ wie folgt zu erweitern:

5. *Wegweiser Kindergarten/Kinderkrippe*

Er wolle gleich dazu sagen, dass dieser Punkt bereits im Dezember des Vorjahres im Sportausschuss erörtert worden, einstimmig beschlossen und an den Gemeinderat verwiesen worden sei, so GR Scherz.

Grundsätzlich brauche man den Gemeinderat damit nicht zu befassen, weil das der Wirtschaftshof bzw. der Bauamtsleiter ohnehin mache, er wolle GR Scherz mit dessen Antrag aber nicht abblocken, so der Bgm.

Der TO-Punkt sei vom Gemeindevorstand mit der Begründung abgewiesen worden, dass es angeblich zu viel koste, so GR Scherz.

Der Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung wird **einstimmig beschlossen**.

Pkt. 1.: Genehmigung und Unterfertigung der Sitzungsprotokolle vom 03.12.2008 und 17.12.2008

GR Warzinger (Sprecherin der Schriftführer) stellt den **Antrag**, die Protokolle vom 03.12.2008 und 17.12.2009 in der vorliegenden Form zu genehmigen. Es wurden keine Änderungen beantragt.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

Pkt. 2.: Änderung Bebauungsplan Nr. 14 – Pfarrgasse (Siedlungsgen. Ennstal)

Der Bgm. stellt den **Antrag**, die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 14.01 zu beschließen, vorbehaltlich des Einlangens von Einwendungen infolge der noch durchzuführenden Anhörung.

Bgm. Pignitter weist darauf hin, dass dieser Punkt bereits mehrmals im Gemeinderat abgelehnt wurde und eine 2/3-Mehrheit für einen positiven Beschluss notwendig sei.

GR Zarfl stellt daraufhin folgenden **Antrag**:

„Der Gemeinderat möge beschließen: Der Bürgermeister vertritt im Bauverfahren die Interessen des in unmittelbarer Nähe liegenden Sport- und Freizeitareals als Vertreter der Marktgemeinde Lieboch Orts- und Infrastrukturentwicklungs-KEG.

Insbesondere hat er darauf zu achten, dass alle notwendigen Gutachten eingebracht werden, die einen ungehemmten Fortbestand des Sportareals und eine ungehemmte Fortführung des Sportbetriebes garantieren, so als würde das Betriebsstättengenehmigungsverfahren bereits zur Gänze im Sinne des Sport- und Freizeitareals entschieden sein, um jedwede weitere Hemmungsgründe für einen ungestörten Betrieb auszuschließen.“

Nach einer kurzen Diskussion, in der 2.Vzbgm. Lang u.a. festhält, dass die Hochwasserschutzmaßnahmen nicht ausgereift seien, ersucht der Bgm. den Gemeinderat, über den Antrag von GR Zarfl abzustimmen.

Für den Antrag von GR Zarfl stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, GR KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Ing. Schelch, GR Tengg, VM Wiesenhofer (ÖVP),

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, GR Mag. Marx, MBA (Die Grünen Lieboch) und GR Zarfl (FPÖ).

Dagegen stimmen

Bgm. Pignitter, GK Blümel, 1.Vzbgm. Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz und GR Warzinger (SPÖ).

Der **Antrag** wird somit **abgelehnt** (10 Dafürstimmen : 11 Gegenstimmen).

Im Anschluss ersucht der Bgm. über seinen erstgestellten Antrag abzustimmen.

Für den Antrag des Bgm. stimmen

Bgm. Pignitter, GK Blümel, 1.Vzbgm. Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz und GR Warzinger (SPÖ).

Dagegen stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, GR KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Ing. Schelch, GR Tengg, VM Wiesenhofer (ÖVP),

GR Mag. Marx, MBA (Die Grünen Lieboch) und GR Zarfl (FPÖ).

Der Stimme enthalten sich

GR Paar (ÖVP) und GR Mag. Hirschmugl-Fuchs (Die Grünen Lieboch).

Der **Antrag** wird somit **abgelehnt** (11 Dafürstimmen : 8 Gegenstimmen : 2 Stimmenthaltungen).

Anm.: Für einen positiven Beschluss wäre eine 2/3-Mehrheit erforderlich.

Anm.: GR Tengg verlässt den Sitzungssaal.

Pkt. 3.: Badeggerweg

a.) Übernahme in das öffentliche Gut

Der Bgm. stellt den **Antrag**, den „Badeggerweg“ gem. Vermessungsplan DI Günther Moser, GZ: 3203/07 vom 12.09.2007, in das öffentliche Gut zu übernehmen und dem Gemeingebrauch zu widmen. Die Unterschriften der Grundeigentümer würden bereits längere Zeit vorliegen, so der Bgm.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen** (ohne den nicht anwesenden GR Tengg).

b.) Verordnung; Übernahme der Privatstraße in eine Gemeindestraße

Bgm. Pignitter stellt den Antrag, den Verordnungstext wie folgt zu beschließen:

Gemäß § 8 Abs. 3 des Steiermärkischen Landes-Straßenverwaltungsgesetzes 1964 – LStVG 1964., LGBl 1964/144 in der Fassung LGBl 2002/89, wird

verordnet:

A. Zur verkehrsmäßigen Erschließung der bestehenden Siedlung, östlich der Hitzendorfer Straße, im Gemeindegebiet Lieboch, wird der bestehende Privatweg „Badeggerweg“ (Grundstück Nr.: 1478/25, KG Lieboch) als Gemeindestraße übernommen.

B. Dazu wird das Grundstück Nr.: 1478/25, KG Lieboch, im Gesamtausmaß von 1.633 m² in Anspruch genommen.

C. Der genaue Trassenverlauf der künftigen Gemeindestraße sowie Lage und Umfang der als Gemeindestraße neu geschaffene Grundstücksfläche ist gemäß § 92 Abs 2 der Steiermärkischen Gemeindeordnung 1967 aus dem einen Bestandteil dieser Verordnung bildenden, im Gemeindeamt der Marktgemeinde Lieboch, 8501 Lieboch, Packerstraße 85 und auf der Homepage unter www.lieboch.gv.at (Virtuelle Amtstafel/Straßenrecht) zur öffentlichen Einsicht aufliegenden „VERORDNUNGSPLAN M: 1:1000“, datiert mit 08.01.2008, GZ 028/2009, sowie aus dem auf diesem Plan dargestellten „Flächenbedarf“ zu ersehen, wobei der Trassenverlauf und die Grundstücksteilfläche in ockergelber Farbe gekennzeichnet ist.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen** (ohne den nicht anwesenden GR Tengg).

Pkt. 4.: Neubestellung eines Mitgliedes im Prüfungsausschuss

1.Vzbgm. Grinschl gibt bekannt, dass GR Karla Horwath aus dem Prüfungsausschuss ausscheide und stattdessen GR Werner Riegler nominiert werde.

1.Vzbgm. Grinschl ersucht den Gemeinderat um Zustimmung.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen** (ohne den nicht anwesenden GR Tengg).

Anm.: GR Tengg nimmt wieder an der Sitzung teil.

Pkt. 5.: Wegweiser Kindergarten/Kinderkrippe

GR Scherz berichtet, dass er mit Frau Hösele ein Gespräch geführt habe und dabei auch die Wegweiser Kindergarten/Kinderkrippe angesprochen wurden, die nicht so seien, wie sie viell. sein sollten.

Folgende beidseitige Wegweiser sollten laut GR Scherz aufgestellt werden:

1. von Voitsberg kommend,
2. Fa. Bodlos Richtung Kindergarten/Kinderkrippe,
3. Dorfstraße, Einmündung Josef-Mihaltis-Straße und
4. Einfahrt Josef-Mihalits-Straße

Er habe sich über die Kosten erkundigt, da gesagt worden sei, eine Tafel koste € 700,00 – dies stimme sicher nicht. Die Preise pro Tafel fingen bei etwa € 62,00 aufwärts an, dazu kämen noch die Kosten für die Stangen sowie die Arbeit.

Das einzige Problem sei, dass für die Aufstellung an der LB 70 die Straßenverwaltung zuständig sei, dies könne aber auch mit einem Schreiben behoben werden.

Es sei tatsächlich so, dass viele Leute, etwa Besucher, den Kindergarten nicht finden.

GR Scherz stellt daher den **Antrag**, die Aufstellung der vier beidseitigen Wegweiser zu genehmigen.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs erwähnt die immer wieder auftretenden, gefährlichen Situationen, die bei der Auffahrt zum Kindergarten entstehen.

Man sollte auch Tafeln aufstellen, mit denen man die Leute ersucht, zu Fuß zum Kindergarten zu gehen, da das Hinauffahren wirklich äußerst gefährlich sei.

Man sollte sich verkehrsberuhigende Maßnahmen, die natürlich anrainerverträglich sein sollen, überlegen, damit diese gefährlichen Situationen nicht mehr entstünden, so GR Mag. Hirschmugl-Fuchs.

Anm.: GR Helene Marx verlässt den Sitzungssaal.

Der Bgm. sagt, Frau Hösele weise die Eltern bei jedem Sprechtag darauf hin, doch zu Fuß zu gehen, trotzdem fahren viele Eltern bis vor den Kindergarten.

Grundsätzlich sei es aber so, dass der Kindergarten nicht für ständige Besuche ausgelegt sei – dies sei nur bei Tagungen etc. der Fall, aber auch hier würden immer Anfahrtspläne mitgesandt werden. Es gebe auch schon Tendenzen, immer weniger Tafeln aufzustellen, weil man in vielen Ortschaften der Meinung sei, dass diese auch sehr verwirren. Dabei habe man tatsächlich Verbesserungen festgestellt. Die jährlichen Kosten der Gemeinde für die Aufstellung von Tafeln seien gigantisch, es soll aber nicht daran scheitern und auch nicht der Eindruck erweckt werden, man solle den Kindergarten nicht finden.

GR Paar macht darauf aufmerksam, bei den Tafeln auch die Kinderkrippe anzuführen, weil bislang immer nur vom Kindergarten die Rede gewesen sei.

GR Scherz meint, das sei richtig, die Kinderkrippe habe er auch gleichzeitig gemeint.

Der Bgm. wiederholt, dass solche Anträge im Gemeinderat eigentlich nicht notwendig wären; man habe auch einen Bauausschuss etc.

Außerdem werde es noch die Auseinandersetzung geben müssen, wo man die Tafeln hinstelle, weil das Anbringen der Tafeln, wie etwa entlang der LB 70 nicht immer ganz einfach sei, da es sich hier oftmals um Geschäftsbereiche handle, gerade bei der Einmündung Dorfstraße. Man werde sich aber bemühen, diese gut zu platzieren.

2.Vzbgm. Lang sagt, er lobe sich die Erwähnung des Bauausschusses, der inzwischen ein Jahr Pause gehabt habe. Es könne nicht schaden, wenn dieser ab und zu eine Sitzung abhalte.

Der Bgm. erinnert an die Zeit, in der der Bauausschuss permanent getagt habe, die Pause nach dem Flächenwidmungsplan etc. sei nicht schlecht gewesen und jetzt komme auch wieder ein großes Projekt. Bgm. Pignitter ersucht über den Antrag von GR Scherz abzustimmen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen** (ohne der nicht anwesenden GR Helene Marx).

Anm: GR Helene Marx nimmt wieder an der Sitzung teil.

Die anwesenden Zuhörer verlassen den Sitzungssaal.

Das Protokoll zu den vertraulichen und nicht öffentlichen Punkten liegt im Gemeindeamt während der Amtsstunden zur Einsichtnahme auf.